

haben vielmehr die Verpflichtung, diesen neu entstehenden Neofaschismus mit der Wurzel auszurotten. 80 % der Richter im Westen sind Nazis. Wir wollen uns davon distanzieren, und wenn heute Herr Schumacher um Hilfe schreit, so können wir ihm nur sagen: das sind die Geister, die man rief und die er nun allein nicht bannen wird. Ich glaube, wenn wir uns als Sozialdemokraten davon distanzieren, in völliger Übereinstimmung mit unserem toten Führer August Bebel, der heute vor HO Jahren das Licht der Welt erblickt hat, so fassen wir am besten unsere Formulierungen zusammen in dem Ruf: Nieder mit der Reaktion! Wir wollen keinen Rassen- und keinen Völkerhaß mehr. Wir wollen nicht wieder eine Auferstehung des Faschismus in der neuen Form des Neofaschismus. Die Nationale Front, das hoffen wir, wird diesem Spuk ein Ende bereiten. Wir wollen nur eines: Frieden und Freundschaft mit den Völkern der Welt!

(Beifall)

### **Präsident Dieckmann:**

Die vorhin bekanntgegebene weitere Wortmeldung des Herrn Abg. Schlimme ist ebenfalls zurückgezogen worden. Es liegen also weitere Wortmeldungen zu diesem Punkt der Tagesordnung nicht vor. Der Punkt ist damit abgeschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zu Punkt 4:

#### **Regierungserklärung über die Außenpolitik der Deutschen Demokratischen Republik.**

Ich erteile zu dieser Erklärung Herrn Minister Dertinger das Wort.

#### **Minister Dertinger** (Min. f. ausw. Angelegenheiten):

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik es für erforderlich hält, in diesem Augenblick erneut hier vor dem höchsten Organ unserer Republik, vor der Volkskammer, die Grundzüge ihrer außenpolitischen Haltung zu formulieren, so ist die Ursache hierfür in den Erklärungen zu erblicken, die der amerikanische Hohe Kommissar McCloy in Stuttgart am 6. Februar 1950 nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten abgegeben hat. In diesen Erklärungen hat McCloy ausdrücklich das Recht der USA proklamiert, „sich in die politischen Probleme Deutschlands einzumischen“. Diese Erklärung, die unmittelbar nach der Rückkehr McCloy aus den Vereinigten Staaten abgegeben wurde und daher wohl als Extrakt der Richtlinien des Weißen Hauses angesehen werden darf, ist von der offiziellen Presse dahin kommentiert worden, daß nunmehr das „Ende der Periode der politischen Nichteinmischung in Deutschland“ gekommen sei.

Diese Feststellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist wohl in ihrem Zynismus wahrhaft verblüffend. Haben die USA gegenüber Deutschland bisher eine Politik der Nichteinmischung betrieben? Man wird es mit Erstaunen hören, daß alles, was seitens der USA in West- und Süddeutschland geschehen ist, Ausdruck einer Nichteinmischungspolitik in deutsche Verhältnisse gewesen sein soll. Wir erfahren jetzt, daß die Sabotage der USA gegen die Wiederherstellung der deutschen Einheit Ausdruck der Nichteinmischung gewesen ist. Wir hören mit Erstaunen, daß die Trennung von Wirtschaft und Währung in Deutschland Ausdruck der Nichteinmischung gewesen ist. Wir hören mit Erstaunen, daß die Bildung des westdeutschen Separatstaates Ausdruck der Nichteinmischung gewesen wäre. Und wir fragen, ob etwa auch die Verfügung des Ruhrstatuts Ausdruck der Nichteinmischung gewesen ist und ob insbesondere das Besatzungsstatut

ein Dokument der Nichteinmischung ist. Die Beispiele einer solchen merkwürdigen Nichteinmischung ließen sich noch um unzählige Fälle vermehren. Wenn das alles Nichteinmischung gewesen ist und wenn McCloy jetzt erklärt, an die Stelle dieser sogenannten Nichteinmischung träte nunmehr eine „Politik der Einmischung in die politischen Probleme Deutschlands“, dann ist unschwer zu erkennen, was das deutsche Volk nunmehr von der amerikanischen Politik zu erwarten hat. Jetzt schon läßt der USA-Außenminister Acheson die Parole vom „totalen kalten Krieg“ ausgeben.

Meine Damen und Herren, diese Umschaltung der Politik der Vereinten Staaten von einer Politik der sogenannten Nichteinmischung zu einer Politik der aktiven Einmischung mit dem Mittel des totalen kalten Krieges heißt in Wahrheit die Umstellung der amerikanischen Politik von einer Steuerung der deutschen Dinge durch Inanspruchnahme deutscher Helfer und Helfershelfer auf eine Politik der unmittelbaren Ausübung der Herrschaft. Die Gestaltung der politischen und wirtschaftlichen Struktur des westdeutschen Separatstaates ist so weit fortgeschritten, um nunmehr den Übergang der Einbeziehung Westdeutschlands ins anglo-amerikanische Machtsystem nach den Methoden eines Protektorates auch äußerlich vollziehen zu können. In Untermauerung ihrer Atom- und Wasserstoffbombenstrategie wird nunmehr die Ausgestaltung Westdeutschlands zum Aufmarschgebiet und Sprungbrett für den amerikanischen Imperialismus vollendet. Der westdeutsche Beitritt zum Atlantikpakt und Europarat sind die dafür vorgesehenen Etappen.

Es wird wohl keinen Menschen in der Welt geben, der nicht anerkennen muß, daß das deutsche Volk damit in eine Lage versetzt wird, in der alle demokratischen Kräfte in ganz Deutschland mit aller Entschlossenheit um die Freiheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes kämpfen müssen.

(Sehr richtig !)

Meine Damen und Herren, das deutsche Volk führt seinen Kampf um Einheit und Freiheit auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, das die Unterschrift aller vier Besatzungsmächte trägt. Es gibt Gesamtdeutschland die völkerrechtlich-verbindliche Zusage, nach Durchführung der Entnazifizierung und Entmilitarisierung, nach Sicherung einer friedliebenden deutschen Demokratie und bei pünktlicher Erfüllung der Reparationsverpflichtungen als freies und gleichberechtigtes Glied durch Abschluß eines Friedensvertrages in die Gemeinschaft der friedliebenden Völker zurückkehren zu können.

Das gesamte deutsche Volk muß alles tun, 'was in seinen Kräften steht, diese Verpflichtungen zu erfüllen. Die Deutsche Demokratische Republik ist dabei nach der Geschichte ihrer Entstehung wie im Wesen ihrer staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ein Beweis für die Ernsthaftigkeit und den Erfolg des demokratischen Willens unserer Nation, wenn seiner Entfaltung nicht gewaltsam entgegengewirkt wird. Wenn in West- und Süddeutschland ein solcher Prozeß noch nicht zum erfolgreichen Durchbruch gekommen ist, so tragen hierfür nicht zuletzt die westlichen Alliierten selbst die Verantwortung. Sie sind nicht berechtigt, über eine rückläufige Entwicklung, über die Wiedergeburt eines Neofaschismus zu klagen und unter diesem Vorwand dem deutschen Volke das Recht auf demokratische Selbstverwaltung und auf Einheit zu verweigern.

Fünf Jahre nach dem Potsdamer Abkommen und drei Jahre nach Abschluß der Friedensverträge mit den Verbündeten des einstigen Hitler-Deutschlands, nach einer Periode eigener ernsthafter demokratischer Anstrengungen ist es heute wahrhaft ein elementares Grund- und Naturrecht, wenn nun das deutsche Volk